

Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Verurteilung des Systems der Laogai-Lager**

Zu den schlimmsten Unterdrückungsinstrumenten eines totalitären Staates gehören Zwangsarbeitslager. Während die meisten dieser Lager der Vergangenheit angehören, bestehen die chinesischen Laogai-Lager bis heute. Politische Dissidenten, Andersdenkende, Angehörige religiöser wie ethnischer Minderheiten werden dort ohne rechtsstaatliches Verfahren inhaftiert. Offizielle Angaben sprechen von 200 000 Gefangenen, Nichtregierungsorganisationen gehen von einer weit höheren Zahl aus.

Die Zustände in diesen Lagern sind zutiefst inhuman und völlig inakzeptabel. Viele Insassen dieser Lager werden gezwungen, bis zu 16 Stunden am Tag bei einer Siebentagewoche unter menschenunwürdigen Bedingungen Zwangsarbeit zu leisten. Folter, Unterernährung, Überarbeitung und ungeschützte Arbeit mit toxischen Stoffen sind in den Zwangsarbeitslagern an der Tagesordnung.

Bremen unterhält seit langer Zeit intensive Beziehungen nach China. Der Ostasienhandel hat eine große Tradition und der Austausch findet genauso auf wissenschaftlicher wie kultureller und wirtschaftlicher Ebene statt. Nicht zuletzt durch vielfältige Kooperationen mit der Partnerstadt Dalian pflegt Bremen eine enge Beziehung nach China. Die Laogai-Research-Foundation nennt alleine für Bremens Partnerstadt zwei Laogai-Lager.

Mehrere Parlamente, darunter der Deutsche Bundestag, der Landtag Schleswig-Holsteins und die Hamburgische Bürgerschaft, haben das System der Laogai-Lager bereits verurteilt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen wird aufgefordert,

1. bei offiziellen Anlässen mit chinesischen Partnern den Dialog über die Menschenrechte fortzusetzen und die Problematik der Laogai-Lager zur Sprache zu bringen. Hierzu gehören Gespräche mit Bremens Partnerstadt Dalian, Regierungsbesuche wie auch wirtschaftlicher Austausch.
2. bremische Institutionen, wie die Kammern, die Hochschulen, Museen oder Institute darum zu bitten, bei Gesprächen mit chinesischen Partnern diese Problematik ebenfalls anzusprechen.
3. bremische Unternehmen, die in China tätig sind, auf die Möglichkeit hinzuweisen, dass sie eventuell mit chinesischen Partnern zusammenarbeiten, hinter denen sich Laogai-Lager verbergen.
4. die Etablierung von Zertifizierungsmodellen zu unterstützen, die eine Wertschöpfung aus Zwangsarbeit ausschließen und für alle Produktionsschritte eines Produktes die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen garantieren und die Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren.
5. Möglichkeiten zu prüfen, wie ausgeschlossen werden kann, dass Waren aus öffentlicher Beschaffung ganz oder teilweise in Laogai-Lagern hergestellt wurden.

6. die Öffentlichkeit für das Thema Zwangsarbeitslager in China und anderen Staaten zu sensibilisieren. Dies kann beispielsweise durch Veranstaltungen mit der Wirtschaft oder mit geeigneten Institutionen und Nichtregierungsorganisationen geschehen.
7. der Bürgerschaft innerhalb eines Jahres Bericht zu erstatten.

Dr. Oliver Möllenstädt,
Uwe Woltemath und Fraktion der FDP

Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen